

## **Momentum-Kongress 2010**

### **Track #6:**

### **demokratische organisation in wirtschaft und politik: von lokal bis global**

**Gisela Notz**

#### **Radikaldemokratische Wirtschaftsmodelle Theorien, Geschichte und aktuelle Diskussion<sup>1</sup>**

Konzepte der alternativen Ökonomie sind keine neue Erfindung. Solange die kapitalistische Wirtschaft besteht und auch schon früher, gab es Menschen, die andere Wünsche und Vorstellungen haben und alternative Konzepte entwickelten. Man denke zum Beispiel an die Utopien des englischen Philosophen Thomas Morus, (1478 – 1535), des italienischen Philosophen, Dichters und Politikers Tommaso Campanella (1568 – 1639), des englischen Frühsozialisten, Unternehmers und Gewerkschafters Robert Owen (1771 – 1858) oder des französischen Gesellschaftstheoretikers und Kritikers des frühen Kapitalismus Charles Fourier (1772 – 1837) u.a., und an die seit etwa 1820 bestehenden Produktions- und Konsumgenossenschaften und deren Kritik und Würdigung durch Karl Marx, Friedrich Engels und Rosa Luxemburg.

Vorläufer der Alternativen Ökonomie fanden sich auch in Selbsthilfeprojekten der gewerkschaftlich und parteipolitisch organisierten Arbeiterbewegung. Dazu gehören nicht nur die Produktions- und Konsumgenossenschaften, sondern auch Nachbarschaftshilfen, Projekte der Arbeiterkultur bis hin zu wirtschaftlichen Organisationen wie Lebensmittelläden oder Wohnungsbau-Gesellschaften. Die PionierInnen der Gemeinschaftsbewegung kämpften gegen abstrakten Individualismus, gegen Atomisierung und Fetischierung und gegen den Verlust des sozialen Kontextes in der Betrachtung der Individuen. Damit forderten sie auch eine Abkehr von der Waren- und Konsumgesellschaft hin zu fürsorgender und am Anderen interessierter Gemeinschaft zwischen Frauen und Männern und Kindern. Um einen Einblick in Diskussionen während verschiedener historischer Epochen zu geben, sollen exemplarisch einige theoretische Gemeinschaftsansätze kurz dargestellt und kritisch beleuchtet werden. Ich beginne mit den Auseinandersetzungen um die Produktions- und Konsumgenossenschaften und deren kritischer Würdigung durch „Klassiker der Arbeiterbewegung,“ stelle den anarchistischen Ansatz von Gustav Landauer vor, springe zur Zeit der (neuen) Aufbruchstimmung nach dem Zweiten Weltkrieg, dann zur StudentInnenbewegung der end-1960er-Jahre und zum praktisch umgesetzten theoretischen Entwurf einer seit 24 Jahren existierenden Großkommune, wie er von weiteren Kommunen übernommen worden ist. Abschließend frage ich nach der aktuellen Bedeutung der Modelle. Im Wesentlichen stütze ich mich auf Literaturanalysen, in der beschriebenen Kommune Niederkaufungen habe ich Interviews durchgeführt und sowohl Sekundärliteratur über die Kommunebewegung als auch Selbstdarstellungen der Kommune ausgewertet. Im Mittelpunkt meines Interesses steht die Frage, ob es möglich und sinnvoll ist, innerhalb der bestehenden Gesellschaft alternative Wirtschaftsmodelle zu initiieren und wie ihre Chancen aber auch die Risiken einzuschätzen sind. Ich beziehe mich dabei auf den deutschsprachigen Raum.

#### **1. Die Entwicklung der modernen Genossenschaftsbewegungen**

Die moderne Genossenschaftsbewegung entwickelte sich mit der Herausbildung des industriellen Kapitalismus und seinen ökonomisch-sozialen Umwälzungen in Europa (vgl.

---

<sup>1</sup> Vgl. auch Notz 2010.

Sperling 1991 S. 28 ff.). Ihre politisch-ökonomische Programmatik war bereits in den Schriften der Frühsozialisten formuliert. In den europäischen Ländern und in Deutschland finden sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unterschiedliche theoretische und praktische Ansätze zur Begründung von Genossenschaften (Faust 1977). Sie reichen von christlich-konservativen Ideen über liberal-soziale Programme bis zu den libertär-anarchistischen Vorstellungen. Auch innerhalb der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sind Genossenschaften durchaus kein monolithischer Block. Stets wurden sie unterschiedlich beurteilt und kritisiert. Das dauert bis heute an.

### **Genossenschaftsgründungen**

Während der 60er und 70er Jahre des 19. Jahrhunderts kam es zu einer ersten und in den achtziger und neunziger Jahren zu einer zweiten Welle von Produktivgenossenschaftsgründungen (vgl. Sperling 1991, S. 30). Die ersten Genossenschaften entstanden oft in direktem Zusammenhang mit Streikaktionen als Formen kollektiver Selbsthilfe, um entweder die gewerkschaftlichen Streikkassen zu entlasten, indem Streikende etwa die Arbeit in „Bauausführungsgenossenschaften“ fortsetzten, oder um im Anschluss an den Streik gemäßregelten Arbeitern Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen. Selten waren die Genossenschaften von langer Dauer; überwiegend mussten sie aus Kapitalmangel aufgeben. Staatliche Unterstützung und Lenkung, wie von Lassalle vorgeschlagen, erfuhren sie alle nicht. Oft war auch die Erfahrung, dass die propagierten Erwartungen an bessere Arbeitsbedingungen und demokratische Strukturen der Betriebe kaum eingelöst wurden, am Scheitern schuld. Die insgesamt wenig erfolgreichen Versuche trugen dazu bei, dass die Forderung nach Produktivgenossenschaften in der Programmatik der Arbeiterbewegung an Bedeutung verlor. Zudem ging mit dem zahlenmäßigen Erstarken der Arbeiterbewegung eine Vereinheitlichung der politischen Anschauungen einher, die sich im wissenschaftlichem Sozialismus bündelte.

Anders verhielt es sich mit den Konsumgenossenschaften. Seit Beginn der 1890er Jahre kam es zu einer Welle von Gründungen, die häufig von aktiven Gewerkschaftern initiiert waren. Konsumgenossenschaften brachten unmittelbare ökonomische Vorteile für ihre Mitglieder und führten dazu, dass die Genossenschaftsbewegung zur unbestrittenen „dritten Säule“ neben der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung wurde. Konsumvereine erfassten in der Weimarer Republik auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung nahezu vier Millionen Haushalte. Mit ihrem Anwachsen wuchs auch die Zahl der eigenständigen Produktionsgenossenschaften, die die Waren für die Konsumvereine produzierten. 1931 besaß die Großeinkaufsgesellschaft (GEG) 31 Fabriken. In Berlin gab es beispielsweise keine Brotfabrik, die nicht den Konsumgenossenschaften gehörte. Ebenso kam es nach dem Ersten Weltkrieg, angesichts der großen Wohnungsnot und angesichts der enttäuschten Hoffnungen auf eine Sozialisierung der Wirtschaft, auch zu einem Boom von Wohnungs- und Baugenossenschaften. Ganze Stadtteile und Siedlungen, in denen mit neuen Formen sozialen Wohnens und Lebens experimentiert wurde, entstanden auf diese Weise (vgl. hierzu: Novy u.a. 1985). Mit der Expansion der Genossenschaften in den verschiedenen Sektoren stabilisierte sich eine gemeinwirtschaftliche Vernetzung.

Das Hitler-Regime setzte der hoffnungsvollen Entwicklung ein radikales Ende. Das 1935 erlassene Gesetz über die Verbrauchergenossenschaften schrieb vor, dass wirtschaftlich gefährdete Konsumgenossenschaften aufzulösen seien. Schließlich wurde das gesamte Vermögen der Konsumgenossenschaften und ihrer Betriebe in das neu gegründete Gemeinschaftswerk der Deutschen Arbeitsfront überführt.

### **Franz Oppenheimer: „das eiserne Gesetz der Transformation“**

„Nur äußerst selten gelangt eine Produktionsgenossenschaft zur Blüte. Wo sie aber zur Blüte gelangt, hört sie auf, eine Produktivgenossenschaft zu sein“ (Oppenheimer 1896, S. 45). Dieser Satz ist das Resümee einer empirisch-theoretische Aufarbeitung der Entwicklung produktivgenossenschaftlicher Unternehmen durch Franz Oppenheimer (1864 – 1943). Bekannt geworden ist es unter dem Begriff „Oppenheimersches Transformationsgesetz“. Veröffentlicht ist es in seiner Schrift „Die Siedlungsgenossenschaft. Versuch einer positiven Überwindung des Kommunismus durch Lösung des Genossenschaftsproblems und der Agrarfrage“. Zur Lösung der sozialen Frage können Produktivgenossenschaften nach Oppenheimer nur dann beitragen, wenn es mit ihrer Hilfe gelingt, dem Unternehmer die „Profiteure möglichst ganz zu entreißen“ (S. 137). Dies deshalb, weil er die Armut der ArbeiterInnen auf deren Abhängigkeit vom Lohnsystem und damit vom Privateigentum der Unternehmer an den Produktionsmitteln zurückführte.

Oppenheimers makrosoziologische Betrachtung liefert eine empirisch fundierte Begründung für sein Transformationsgesetz, die die Diskussion über die „Funktionsfähigkeit“ von Produktivgenossenschaften entscheidend geprägt hat. Im Vordergrund der Probleme, die zur Transformation führen, stehen danach Schwierigkeiten bei der Finanzierung, beim Absatz und vor allem „Disziplinprobleme.“ Er unterscheidet vier aufeinanderfolgende Phasen, in deren Verlauf eine zunehmende Anpassung der Produktivgenossenschaften an die kapitalistische Organisationsform stattfindet. Die erste Phase nennt er „Jugendform“. Sie ist kurz, „weil die Gesetze der Anpassung schon mit dem Augenblicke ihrer Entstehung das Werk der Umformung beginnen“ (S. 46). Im zweiten Stadium, dem „Kampf ums Dasein“ (S. 48), geraten die Produktivgenossenschaften entweder in Konkurs oder werden aufgelöst. Das dritte Stadium, das nur von wenigen, kleinen, überschaubaren, in Marktnischen angesiedelten Produktivgenossenschaften erreicht wird, weil die meisten vorher dem Wettbewerb am Markt nicht standhalten können, nennt er „Auswahl des Passendsten“ (S. 63). Oppenheimer analysiert die Ursache des Erfolges der Passenden und stellt fest, dass bei diesen eines oder mehrere der drei Hauptprobleme – Finanzierung, Absatz, Disziplin – nicht zum Tragen kommen. Die vierte und letzte Phase ist schließlich die „Altersform“ oder der „ausgebildete Parasitismus“ (S. 75). In dieser Phase lässt sich kein qualitativer Unterschied zu kapitalistischen Unternehmen feststellen: Die Unternehmensleitungen werden nicht mehr demokratisch gewählt bzw. abgewählt, die Zahl der mitarbeitenden Nichtgenossen als „Lohnarbeiter“ steigt ebenso wie die Zahl der nicht mitarbeitenden Genossen, die er als „Aktionäre“ bezeichnet. Während seines Untersuchungszeitraums fand er keine einzige Produktionsgenossenschaft, die es gelang, den Wettbewerb mit den kapitalistischen Großbetrieben aufzunehmen. Daraus zog er den Schluss, dass erfolgreiche Produktivgenossenschaften „nicht nur aus[sehen] wie kapitalistische Wirtschaftsgebilde, sondern sie sind es“ (S. 115).

Nach Oppenheimers Analyse waren die Produktivgenossenschaften für gesellschaftliche Veränderungen nicht brauchbar; anders jedoch die Siedlungsgenossenschaften, mit deren Konzept er sich praktisch durch eine Reihe beachtlicher Experimente beschäftigte (z. B. freie Scholle in Berlin). Kritiker sahen und sehen im Transformationsgesetz die Bestätigung dafür, dass genossenschaftliche Fabriken vor unlösbaren Problemen stehen, weil sie über kurz oder lang scheitern müssen und ArbeiterInnen gar nicht in der Lage seien die Leitung eines Fabrikunternehmens in Selbstverwaltung zu übernehmen (Bernstein 1969, S. 131). In der Zwischenzeit gibt es viele Beispiele für Betriebe, durch deren Existenz die Thesen des Transformationsgesetzes in Frage gestellt werden, weil sie sich auch innerhalb der

kapitalistischen Produktionsbedingungen unter bestimmten Voraussetzungen erfolgreich behaupten.<sup>2</sup>

## 2. Kooperativfabriken und ihr Stellenwert zur Befreiung der Arbeit

Es war der Wortführer der revisionistischen Fraktion der SPD, Eduard Bernstein (1850 – 1932) der Oppenheimers These aufnahm, um das Vertrauen in die Arbeiter, ihre Arbeit selbst zu organisieren, in Frage zu stellen. Er rechtfertigte die Leitung der Betriebe durch kapitalistische Unternehmer, weil die „sich selbst regierende genossenschaftliche Fabrik“ unhaltbar sei: „Aber für die Aufgaben, welche die Leitung eines Fabrikunternehmens mit sich bringt, wo Tag für Tag und Stunde für Stunde prosaische Bestimmungen zu treffen sind und immer Gelegenheit zu Reibereien gegeben ist, da geht es einfach nicht, dass der Leiter der Angestellten der Geleiteten, in seiner Stellung von ihrer Gunst und ihrer üblen Laune abhängig sein soll“ (Bernstein 1969, S. 131). Er empfahl, sich nicht der Illusion hinzugeben, dass mit der Entfernung der kapitalistischen Eigentümer als „Zentrum, in das alle anderen Organe zusammenlaufen“ eine Umwandlung kapitalistischer Unternehmungen in lebensfähige sozialistische Gebilde geschehen kann, daher solle man sie lieber in Ruhe lassen.

### **Karl Marx, Friedrich Engels: Genossenschaften haben einen experimentellen Wert**

Karl Marx (1818 – 1883) und Friedrich Engels (1820 – 1895) sahen nicht nur den utopischen Sozialismus als entbehrlich an, als Anhänger des wissenschaftlichen Sozialismus waren die Genossenschaften für ihren Kampf unfruchtbar. Die aus Marx' Kapitalismusanalyse abgeleitete gesellschaftliche Konsequenz der Aufhebung der kapitalistisch-patriarchalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und der Übernahme der Produktion durch die Produzenten selbst misst bestenfalls den Gewerkschaften als für den Klassenkampf der Arbeiter wichtige Bewegung, prinzipielle Bedeutung bei. In den Genossenschaften sah Marx bestenfalls einen *experimentellen* Wert, wenn er schrieb: „Die Kooperativfabriken der Arbeiter selbst sind, innerhalb der alten Form, das erste Durchbrechen der alten Form, obgleich sie natürlich überall, in ihrer wirklichen Organisation, alle Mängel des bestehenden System reproduzieren müssen.“ (Marx: Kapital, 3. Bd., I, S.427).

Allerdings hob Marx 1864 in der „Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter Assoziation“ – dem Gründungsdokument der Ersten Internationale – den Wert der Genossenschaftsbewegung fast überschwänglich hervor: „Der Wert dieser großen Experimente kann nicht überschätzt werden. Durch die Tat, statt durch Argumente, bewiesen sie, dass Produktion auf großer Stufenleiter und im Einklang mit dem Fortschritt moderner Wissenschaft vorgehen kann, ohne die Existenz einer Klasse von Meistern, die eine Klasse von ‚Händen‘ anwendet; dass, um Früchte zu tragen, die Mittel der Arbeit nicht monopolisiert zu werden brauchen als Mittel der Herrschaft über die Mittel der Ausbeutung gegen den Arbeiter selbst.“ Damit entgegnete Marx der Auffassung, Arbeiter seien unfähig, Betriebe zu führen. Gleichzeitig trat er in der gleichen Adresse jedoch der Auffassung entgegengetreten, dass die Genossenschaftsbewegung in der Lage wäre, „die Massen zu befreien, ja die Wucht ihres Elends auch nur merklich zu erleichtern“ (Marx 1864).

### **Rosa Luxemburg: Produktivgenossenschaften als „Zwitterding“**

Auch das emanzipatorische Sozialismuskonzept Rosa Luxemburgs (1871 – 1919) geht von der Vorstellung aus, dass die angestrebte sozialistische Wirtschaft und Gesellschaft erst nach der Machtergreifung und der Zerschlagung des staatlichen Zwangsapparats durch die SozialistInnen realisiert werden kann. Auf dem Parteitag der SPD in Hannover im Oktober

---

<sup>2</sup> Siehe hierzu weiter hinten die Ausführungen über die Kommune Niederkaufungen.

1899, bei dem es wieder einmal zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den „Radikalen“ und den „Revisionisten“ kam, machte sie kompromisslos deutlich, dass es um eine „gänzliche Umbildung der herrschenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung“ gehe, „die nur durch Ergreifung der Staatsgewalt und niemals auf dem Wege der sozialen Reform im Schoße der heutigen Gesellschaft herbeigeführt werden kann.“ (Luxemburg 1899a, S. 101 ff.). Ideen zur friedlichen Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit, wie sie der französische utopische Sozialist Charles Fourier sah, waren ihr gänzlich fremd. Sie wusste wohl, dass eine Überführung der Gesellschaft aus der kapitalistischen in die sozialistische Ordnung nicht „auf einen Schlag“ geschehen könne, sondern einen langen, hartnäckigen Kampf voraus setze. In ihrer Schrift „Sozialreform oder Revolution“ (1899b) bezeichnete sie es jedoch als eine „Besonderheit der kapitalistischen Ordnung, dass in ihr alle Elemente der künftigen Gesellschaft in ihrer Entwicklung vorerst eine Form annehmen, in der sie sich dem Sozialismus nicht nähern, sondern von ihm entfernen.“ Produktivgenossenschaften inmitten der kapitalistischen Wirtschaft waren für sie ein „Zwitterding (...), eine im kleinen sozialisierte Produktion bei kapitalistischem Austausch.“ Da der Austausch in der kapitalistischen Wirtschaft die Produktion beherrscht und, angesichts der Konkurrenz, rücksichtslose Ausbeutung durch die Interessen des Kapitals für die Unternehmen zur Existenzbedingung macht, bestehe auch für die Genossenschaften die Notwendigkeit, die Arbeit möglichst zu intensivieren, je nach Marktlage zu verkürzen und zu verlängern und „die Arbeitskraft je nach den Anforderungen des Absatzmarktes heranzuziehen oder sie abzustößeln und aufs Pflaster zu setzen, mit einem Worte, all die bekannten Methoden zu praktizieren, die eine kapitalistische Unternehmung konkurrenzfähig machen. In der Produktivgenossenschaft ergibt sich daraus die widerspruchsvolle Notwendigkeit für die Arbeiter, sich selbst mit dem ganzen erforderlichen Absolutismus zu regieren, sich selbst gegenüber die Rolle des kapitalistischen Unternehmers zu spielen.“ An diesem Widerspruch musste die Produktivgenossenschaft zugrunde gehen, indem sie sich entweder zur kapitalistischen Unternehmung zurückentwickelt, oder, falls die Interessen der Arbeiter stärker sind, sich auflöst. Damit folgte sie Franz Oppenheimers „ehernen Transformationsgesetz“ (Oppenheimer 1896).

Luxemburg folgerte daraus, dass die Produktivgenossenschaft sich ihre Existenz inmitten der kapitalistischen Wirtschaft nur dann sichern kann, wenn sie den in ihr verborgenen Widerspruch zwischen Produktionsweise und Austauschweise aufhebt, indem sie sich den Gesetzen der freien Konkurrenz entzieht. Sie muss sich also von vornherein einen festen Kreis von Konsumenten sichern. Diesem Zwecke dienten die Konsumvereine. Damit waren die Existenzbedingungen der Produktivgenossenschaften an die Konsumvereine gebunden, die so zum Hauptträger der sozialistischen Reform wurden. Daraus wiederum folgte, dass die Genossenschaften auf kleine lokale Betriebe und auf wenige Produkte des unmittelbaren Bedarfs ausgerichtet waren. Die wichtigen Zweige der kapitalistischen Produktion: die großen Industriebetriebe, waren vom Konsumverein, also auch von der Produktivgenossenschaft, von vornherein ausgeschlossen. Luxemburg kritisierte neben dem „Zwittercharakter“ der Produktivgenossenschaften, dass eine Einführung auf breiter Ebene „auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaft“ die Abschaffung des Weltmarktes und die Auflösung der bestehenden Weltwirtschaft in kleine lokale Produktions- und Austauschgruppen erfordern würde. Darin konnte sie keine soziale Reform sehen, denn das setzte „einen Rückgang von großkapitalistischer auf mittelalterliche Warenwirtschaft“ voraus. „Die Genossenschaftlichkeit“ inmitten der kapitalistischen Produktion war unakzeptabel, denn sie verzichtete auf die Vergesellschaftung der Produktion und kam auf die Reform des Handels, den Konsumverein, heraus. (Luxemburg 1899b). Auch ihr ging es um die Beibehaltung der Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus. Von der Gewerkschaftsspitze erwartete sie, dass sie das Lohngesetz umzustürzen und auf die Regulierung der Produktion Einfluss

nehmen, um die Ausbeutung der Produzenten schließlich aufzuheben, bis „die heutige Gesellschaft unter den Hammerschlägen des revolutionären Proletariats in Trümmer stürzt“ (Luxemburg 1912).

### **Ferdinand Lassalle und Hermann Schulze-Delitzsch: mit oder ohne Staatshilfe?**

Ferdinand Lassalle, (1825 – 1864) einer der Gründerväter des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, sah hingegen die „einzige nicht illusionäre Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes“ darin, dass „sich der Arbeiterstand durch freiwillige Assoziationen als sein eigener Unternehmer organisiert“. Dabei setzte er auf die „stützende und fördernde Hand des Staates“ im Interesse der Arbeiter (Lassalle 1964). 1863 forderte er in einem „Offenen Antwortschreiben“ an das Leipziger Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses „Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe.“ Mit dieser Forderung grenzte er sich deutlich gegen die Auffassungen des liberalen Genossenschaftsgründers Hermann Schulze-Delitzsch (1808 – 1883) ab, der vor allem die durch den Kapitalismus sich verschlechternde sozial-ökonomische Lage der handwerklich Beschäftigten im Auge hatte und durch die Bildung von Kredit-, Rohstoff- und Konsumvereinen in Selbsthilfe und Selbstverantwortung hoffte, deren Situation zu verbessern. Schulze-Delitzsch wurde zum Wegbereiter der mittelständischen Genossenschaften, die bis in die Gegenwart wirken.

### **Das Gothaer Programm von 1875: Genossenschaften zur Lösung der sozialen Frage**

Die Forderung nach der Einrichtung von Produktivgenossenschaften fand schließlich, nach einigen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Flügeln der Sozialdemokraten, Eingang in das Gothaer Programm der vereinigten Sozialistischen Arbeiterpartei von 1875: „Die deutsche Arbeiterpartei verlangt, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, dass aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht“.

Damit hatte sich die SPD – zumindest programmatisch - entschieden, im Hier und Jetzt mit dem Aufbau alternativ-ökonomischer Projekte zu beginnen. Das Programm erntete harsche Kritik von Karl Marx, der es als opportunistisch und als Kniefall vor den „Lassallianern“ brandmarkte. Er warf ihnen vor, dass sie vom Standpunkt der Klassenbewegung zum Standpunkt der Sektenbewegung zurückgehe. Marx schrieb: „Daß die Arbeiter die Bedingungen der genossenschaftlichen Produktion auf sozialem und zunächst bei sich, also [auf] nationalem Maßstab herstellen wollen, heißt nur, daß sie an der Umwälzung der jetzigen Produktionsbedingungen arbeiten, und hat nichts gemein mit der Stiftung von Kooperativgesellschaften mit Staatshilfe! Was aber die jetzigen Kooperativgesellschaften betrifft, so haben sie *nur* Wert, soweit sie unabhängige, weder von den Regierungen noch von den Bourgeois protegierte Arbeiterschöpfungen sind“ (Marx 1890/91). Damit lehnte er die *bestehenden* Genossenschaften nicht ab, stellte jedoch die Bedingung der Unabhängigkeit.

### **3. Durch Absonderung zur Gemeinschaft, beginnend im Hier und Jetzt**

Einen anderen Gemeinschaftsansatz verfolgte Gustav Landauer (1870 – 1919). Er initiierte 1908 die Gründung des Sozialistischen Bundes (SB). Für die Ideen seines emanzipatorischen Gemeinschaftsansatzes waren die Bekanntschaft mit den Anarchisten Pjotr Alexejewitsch Kropotkin (1842 – 1921) und Erich Mühsam (1878 – 1934), mit dem jüdischen Sozialphilosophen Martin Buber (1878 – 1965) sowie die Auseinandersetzung mit Pierre-Joseph Proudhon (1809 – 1865) prägend. Durch Landauers zentrale Vision „durch

Absonderung zur Gemeinschaft“ zu gelangen, sollte Menschen mit gleicher Gesinnung der allmähliche Ausstieg aus der kapitalistischen Warengesellschaft gelingen, und zwar beginnend im „Hier und Jetzt“ (Landauer 1967).

In der Vorstellung von freien Zusammenschlüssen von Einzelnen und Familien zu Gemeinschaften und weiter zu Bündeln von Gemeinden kann eine Verbindung zwischen politisch-emanzipatorischen und sozialintegrativen Ansätzen gesehen werden, die über den Bereich von ökonomischen Zusammenschlüssen hinausgingen. Die einzelnen Elemente der Vergemeinschaftung sind:

Eine Gruppe selbstbestimmter Individuen schließt sich in freier Vereinbarung zusammen und wirkt so dem Verfall verbindlicher sozialer Beziehungen entgegen. Diese Gemeinschaft soll dem Individuum den notwendigen Rückhalt bieten, um seine Individualität entwickeln zu können. Sie soll aber auch Raum gewährleisten, um kollektiven Widerstand gegen herrschende Institutionen und Lebensformen organisieren zu können und sich Anpassungszwängen zu widersetzen. Sie soll der Uniformierung der Konsumgesellschaft entgegenwirken, indem sie Heterogenität, Flexibilität und Vielfalt schafft; soll also gleichermaßen der Verfolgung individueller und kollektiver Interessen dienen.

Wichtig ist bei diesem Konzept die Widerstandsfunktion. Landauer rief dazu auf, mit den autoritären Vermittlern (Staat, Kirche, Kapitalismus, Führer etc.) aufzuräumen, indem er sagte: „Räumt mit den autoritären Vermittlern auf; schafft die Schmarotzer ab; sorgt für unmittelbare Verbindung der Interessen“ (Landauer, zit. nach Cantzen 1987, S. 66).

Kommunen, Genossenschaften und sozialistische Gemeinden sollten damit – also mit dem richtigen Leben im falschen - beginnen. Landauer selbst setzte seine Theorie nicht in die Praxis um. Dennoch gab es eine Reihe von Siedlungsversuchen nach seinem Konzept. Als Beispiel kann die Kommuneegründung der Anarchistin Margarethe Hardegger (1882 – 1963) dienen. Sie gründete 1915 mit Gleichgesinnten in Bern eine Kommune nach Landauers Theorie. Der Gruppe war die gemeinsame Kasse ebenso wichtig wie die gemeinsame Gesinnung. Sie vereinte Intellektuelle und Handwerker sowie heimatlose Kriegsdienstverweigerer und wurde pedantisch von der Polizei überwacht. Nach dem Scheitern des Vorhabens startete Hardegger neue Siedlungsversuche, auch nachdem Landauer 1919 im Zuge der Niederschlagung der Räterepublik durch antirepublikanische Freikorpsoldaten ermordet. Ihre letzte Kommune am Lago Maggiore im Tessin bestand bis 1924. Den Gedanken um den Aufbau freier Gesellschaften hat sie bis zu ihrem Tod 1963 nicht aufgegeben (Bosch 2003).

#### **4. Durch ihre Betätigung nach außen hin neue Gebiete erschließen**

Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm der Anarcho-Syndikalist Rudolf Rocker (1873 – 1958) die anarchistischen Konzepte in ähnlicher Form wieder auf (Rocker 1947). Auch nach seinem Konzept sollte der einzelne Mensch, bzw. der einzelne Betrieb, die initiiierende Kraft sein, die sich aus eigenem Antrieb und durch freie Vereinbarung mit anderen zusammenschließt, um Vereinigungen „gesinnungsverwandter, von freiheitlichem Geist getragener Menschen“ zu gründen, die entschlossen waren, durch ihre „Betätigung nach außen hin immer weitere Gebiete zu erschließen und ihre Anschauungen in neue Kreise zu tragen, wo sie sich fruchtbar auswirken können“ (S. 13).

Auch Rocker war bereits in den 1920er Jahren politisch aktiv. Während des Naziregimes musste das sein theoretisches Werk in England in der Emigration fortsetzen. Nach dem Ende des Nazifaschismus wurde ihm deutlich, dass die kritische Betrachtung der bestehenden

Zustände alleine nicht ausreichte, sondern dass durch praktisches Handeln – hier nahm er die Gedanken Kropotkins und Landauers auf - im „Hier und Jetzt“ begleitet sein. Er ergänzte den basisdemokratischen Ansatz durch den ganzheitlichen Erziehungsansatz von Petr Kropotkin (1913). Feldarbeit, Handwerk und dezentrale Industrie sollten eine Einheit bilden. Die jungen Menschen – Männer *und* Frauen – sollten zugleich in Wissenschaft *und* Handwerk unterrichtet werden; an die Stelle der industriellen Arbeitsteilung sollte die Vereinigung von Hand- und Kopfarbeit treten. Durch kommunikative Wirtschafts- und Lebensmöglichkeiten auf regionaler Ebene sollte das Modell realisiert werden.

Nachdrücklich warnte Rocker davor, den von vielen Seiten versprochenen Verheißungen, die aus der Krise der Nachkriegszeit, verbunden mit Hunger, Wohnungsnot und Erwerbslosigkeit, führen sollten, blindlings zu folgen, indem er schrieb: „ So mancher Weg, der uns heute von einem Doktor Eisenbart als Aufstieg angepriesen wird, ist nur ein Abweg, der uns bloß tieferen Abgründen zuführen muss, wenn wir die Gefahr nicht rechtzeitig erkennen und uns von Trugbildern blenden lassen, die wie schillernde Seifenblasen an der Wirklichkeit des Lebens zerschellen müssen“ (S. 5 f.). Auf den Wiederaufbau der Parteien in Ost und West setzte er keine Hoffnungen. Obwohl aus der Not der Nachkriegszeit eine Vielzahl von Gruppen entstanden waren, die eine ganz andere Republik mit anderen Lebens- und Arbeitsformen im Hier und Jetzt anstrebten und auch praktizierten, hat sich die Hoffnung auf eine dahingehende politische Wende nicht erfüllt. Das hat sicher viele Gründe. Schließlich hatte auch die SPD nach 1945 den sozialistischen Neuaufbau der Wirtschaft mit planwirtschaftlicher Lenkung, Gemeinwirtschaft, Bodenreform und allgemeine Wirtschaftsdemokratie für Gesamtdeutschland gefordert (Notz/Wickert 2009, S. 52) und auch das Ahlener Programm der CDU von 1947 strebte eine grundlegende soziale und wirtschaftliche Neuordnung an. Für die Festschreibung einer an sozialen Grundrechten orientierten Wirtschaftsordnung im Grundgesetz waren dennoch keine Mehrheiten zu erzielen. Unter dem Slogan „keine Experimente“, verfolgten die christlichen Parteien ab 1949 eine kapitalistisch-patriarchale Wirtschaftsordnung und eine ebensolche Familienpolitik. Alternative Lebens- und Arbeitsformen schienen in Theorie und Praxis keine Anhängerinnen zu finden.

## **5. Theorien und Projekte der 1960er und 1970er Jahre**

Erst ende der 1960er Jahre entwickelte sich in der Bundesrepublik aus den studentischen Protestaktionen gegen den Vietnamkrieg und die skrupellosen Ausbeutungstaktiken der Großkonzerne eine „neue Alternativkultur“ mit Wohngemeinschaften, Alternativbetrieben und kommunitären Lebensgemeinschaften. An vielen Orten gaben Projekte der alternativen Ökonomie den Impuls, aus der „Wohlstandsgesellschaft“ auszusteigen und mit autarken Wohn- und Arbeitskollektiven alternative Lebenskonzepte gleichberechtigter Mitglieder zu realisieren, die die Isolation des Einzelnen in der Kleinfamilie und die Fixierung der Geschlechterrollen in neuen Formen des Zusammenlebens und -arbeitens auflösen wollten. Bewusst oder unbewusst setzten sie an anarchistischen und sozialistischen Theorien vergangener Zeiten an. Die Fragen „Reform oder Revolution“ und „gibt es ein richtiges Leben im falschen“ wurden im Blick auf das Elend, das der industrielle „Fortschritt“ für die Arbeitenden mit sich brachte, neu gestellt. Trotz der immer wieder kehrenden Zweifel daran, ob es möglich war, autonome utopische Inseln innerhalb des Bestehenden oder am Rande des patriarchalen Kapitalismus aufzubauen, gründeten sich viele Gemeinschaften, um im Hier und Jetzt Experimente einer anderen Wirtschaft und eines anderen Arbeitens zu entwickeln. Einige verloren dabei das Ziel der grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht aus dem Blick.



### **Utopische Flucht oder revolutionärer Kampf?**

MarxistInnen u. a. Linke sahen die alternative Wirtschaft - und sehen sie oft immer noch – als politische Flucht vor der gesellschaftlichen Verantwortung zur Einläutung einer radikalen Veränderung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Die gegenseitigen Vorbehalte sind alt. MarxistInnen betrachteten die AktivistInnen skeptisch und bezeichneten die Alternativen lange Zeit als Utopisten oder als Idealisten und Individualisten, die sich auf den Spielwiesen der "Risikogesellschaft" (Beck 1986) tummeln und ihre Hoffnung in der Dissidenz sehen, anstatt revolutionären Kampf zu organisieren. Sie unterstellten den AktivistInnen zudem Realitätsferne. Dabei liegt die Perspektive der meisten VertreterInnen der alternativen Ökonomie – ähnlich wie bei den Frühsozialisten und Anarchisten - in der Entwicklung einer eigenverantwortlichen Arbeits- und Lebenskultur *neben* der vorherrschenden kapitalistisch-patriarchalen Wirtschaft, *bevor* durch eine revolutionäre Umgestaltung die allgemeinen Bedingungen dazu geschaffen sind (Habermann 2009, Voss 2009).

### **Der Wunsch nach gemeinschaftlicher Arbeit im Hier und Jetzt**

In engem Zusammenhang mit der StudentInnen-, Ökologie- und Frauenbewegung entstanden in den 1970er Jahren viele Gemeinschaftsprojekte, die den politischen Anspruch verfolgten, demokratische, möglichst selbstbestimmte Betriebsorganisationen zu schaffen, sowie humane Arbeitsprozesse und eine ökologisch verträglichen und gesellschaftlich nützliche Produktion zu ermöglichen (Notz 2009). „Alternative“ Lebens- und Arbeitszusammenhänge, selbstverwaltete Betriebe und Projekte der alternativen Ökonomie, „neue“ Genossenschaften und Kommunen gehörten dazu. Auch sie wollten im Hier und Jetzt innerhalb des bestehenden Systems selbstverwaltete Gegenmodelle schaffen. Die Ursache für die Gründung von Alternativprojekten der neuen sozialen Bewegungen sind sowohl in der Frustration über die fremdbestimmte, partialisierte, hierarchisch organisierte Arbeit in Industrie und Verwaltung zu finden, als auch in der Erkenntnis über die Konflikte, die sich aus der psychischen, physischen, sozialen und ökologischen Zerstörung der Lebensgrundlage der Menschen, durch die große Kapitalkonzentrationen ergeben. Triebfeder für das Engagement war der Wunsch zur gemeinschaftlichen Arbeit, die möglichst von einer Gruppe im Konsens und bei gleichen finanziellem Risiko geleistet werden sollte (Heider/Hock/Seitz 1997). Hierarchien und geschlechterhierarchische Arbeitsverteilungen wurden abgelehnt. In den Frauenprojekten waren sie als „männliche Strukturen“ indiskutabel (Plogstedt 2006) .

Die Idee vom autonomen Projekt als herrschaftsfreiem Raum, quasi im exterritorialem Verhältnis zum kapitalistischen Patriarchat stehend, erwies sich als überaus problematisch. Nicht selten sprengten subtile Machtkämpfe die Kollektive und innovative Potentiale und Kreativität wurden beschnitten. Hohe politische Ansprüche an Egalität und Verzicht auf materielle Güter führten oft dazu, dass viele Projekte entstanden und auch wieder verschwanden. Einige Initiativen verloren sich in ihrer Subkultur, andere haben sich im Laufe der Zeit aus dem subkulturellen Getto herausgetastet und den Marktmechanismen sowie dem Trend zum Einzelunternehmen angepasst. Wieder andere wirken mit dem Selbstverständnis von Kollektiven gleichberechtigter Mitglieder bis heute (vgl. Kollektiv Kommunebuch 1996).

### **6. Die Kommune Niederkaufungen**

So zum Beispiel die Kommune Niederkaufungen, eine seit 1986 bestehende links-alternative Kommune in der Nähe von Kassel. Sie soll mit dem Schwerpunkt auf die Frage nach der Umsetzung ihrer sechs Grundsätze als Kerninnovationen eines radikaldemokratischen Konzepts - vorgestellt werden.

Die InitiatorInnengruppe der Kommune bildete sich im Januar 1983 im Großraum Hamburg. Die Kerngruppe waren 12 Menschen, die bald auf 20 anwuchsen. Heute, im Jahre 2010 besteht sie aus 80 Menschen aller Altersgruppen und ist eine der größten Kommunen in Deutschland. Die Kommune war von Anfang an geplant als Projekt für 100 Erwachsene plus Kinder. Die InitiatorInnen waren der Meinung, dass für die Stabilität in ökonomischer wie in menschlicher Hinsicht eine gewisse Gruppengröße notwendig ist. Eine Vielfalt an Arbeitsbereichen soll einen guten Anteil der Grundbedürfnisse decken. In der Kommune leben die Menschen in 13 unterschiedlich zusammengesetzten Wohngruppen, die Kinderbetreuung ist auf mehrere Bezugspersonen verteilt. So sollen alle Menschen die gleiche Chance haben, ihren Berufs- und sonstigen Interessen nachzugehen. Kochen und Kinderbetreuung sind professionelle Arbeitsbereiche, Putz- und Spüldienste werden durch alle nach festgelegten Plänen übernommen. Reproduktionsarbeit hat so denselben Stellenwert wie Erwerbsarbeit.<sup>3</sup>

In der Zwischenzeit wird die Kommune als "Musterkommune" auf Tagungen und Kongressen und bei Fernseh- und Rundfunksendungen präsentiert. Hervorgehoben wird ihre hervorragende Integration in nachbarschaftliche Verhältnisse der Gemeinde Kaufungen mit 12.666 Einwohnern und ihre nachhaltige Wirtschaftsform. Die Popularität der „Niederkaufunger“ hat den Bekanntheitsgrad von Kommunen generell erhöht, aber auch die Möglichkeit ihrer Vereinnahmung als Beispiel gegenseitiger Hilfe und Selbsthilfe, die darauf ausgerichtet ist, dem Sozialstaat Kosten zu sparen. Das ist nicht das Anliegen der Kommune. Sie will kein Musterbetrieb im kapitalistischen Staat sein. Sie will das Privateigentum aufheben, sinnvoll mit der Mit- und Umwelt umgehen und wie die Alt-AnarchistInnen im Hier und Jetzt mit der Verwirklichung einer besseren Gesellschaft, in der das „gute Leben“ für alle gilt, beginnen.

Die Erwachsenen haben meist vor ihrem Eintritt in die Kommune in sozialen Bewegungen gearbeitet. Einige Jugendliche leben seit ihrer Geburt in der Kommune. Wer neu einsteigt, hat zunächst eine Probezeit zu absolvieren. Es gibt Ausstiegsverträge, die schriftlich zwischen dem Verein Kommune Niederkaufungen e. V. und jedem Mitglied geschlossen werden. Solche Verträge schaffen nach der Meinung der KommunardInnen Eindeutigkeit und Sicherheit.

Alle Arbeiten werden gleich bewertet, aber es gibt keine herkömmliche Haus-, Erziehungs- oder gar "Familien"arbeit. Das Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Arbeit ist aufgelöst. Die Arbeitsbereiche sind:

- **Komm-Menü.** Dieser Arbeitsbereich verpflegt die Gruppe in der Regel mit Vollwertkost. Außerdem nimmt er Außenaufträge z. B. Catering für Büffets, Tagungen und Feste an. (3 Männer und eine Frau arbeiten dort).
- **Kindertagesstätte,** die altersgemischte (behinderte und nicht behinderte) Gruppen hat und auch für die Kinder außerhalb der Kommune offen ist. Heute kommen die meisten Kinder von außerhalb (4 Frauen).
- **Gemüsebau** als Biolandbetrieb (z. T. gepachtet, Bauernhof gekauft), für Tagungshaus, Hofladen, Wochenmarkt (2 F – 1 M) .
- **Viehhaltung,** Kühe, Schweine und Käseherstellung (1 M).
- **Tagungs- und Begegnungshaus.** Angebote von Seminaren und Bildungsurlauben z. B. zum Thema "Kommune", Frauen- und Männerrollen, Schreibwerkstatt, Vermietung an externe Gruppen (2 F – 3 M).

---

<sup>3</sup> [www.kommune-niederkaufungen.de](http://www.kommune-niederkaufungen.de) (Zugriff: 11.7.2010).

- **Komm-Bau GmbH.** Schwerpunkte Regenwassernutzung, Wärmedämmung, Innenausbau, drei Metaller, für eigene Umbau- und Sanierungsmaßnahmen, aber auch für Außenaufträge (6 M).
- **Schreinerei** als GbR organisiert, für eigenen Bedarf und Außenaufträge, einheimische Hölzer, ökologische Behandlung ( 2 F – 1 M).
- **Bauplanung**, ein Architekt für eigene Arbeiten und Fremdaufträge (1 M).
- **Verwaltung**, laufende Finanzplanung und verwaltungstechnische Dienste für Kommune, Vereine und Betriebe (2 F – 2 M).
- **Näh- und Lederwerkstatt**, für lang haltbare Kleidung (eigene Entwürfe), Informationen über globalisierte Textilindustrie (2 F)
- **Satzmanufaktur**, Satz, Grafik, Druck, Beratungen, Datenbankanwendungen für Druckerei (2 M).
- Beratungsgruppe **Komm-Rat**. Projektberatung für Lebensgemeinschaften, selbstverwaltete Betriebe und andere alternative Gruppen ( 2 F und 2 M).
- **Tagespflege Lossetal**. Ein multiprofessionell ausgebildetes Team betreut alte und kranke Menschen aus der Umgebung der Kommune.

Fünf KommunardInnen arbeiten vorwiegend im sozialen Bereich außerhalb der Gruppe. Eine Frau und ein Mann sind in Ausbildung, ein Mann studiert in Kassel. Die meisten Schulkinder gehen zur "Freien Schule" in Kassel. Alle Personen, auch die (vorübergehend) Kranken können ihre Existenz durch die Einnahmen der Kommune und ihrer Betriebe sichern. Die Großkommune Niederkaufungen hat ihr Politikverständnis in einem bereits zitierten „Grundsatzpapier“ niedergeschrieben: Darin heißt es u. a. auch: „Ich will nicht mehr konkurrieren, beziehungslos und vereinzelt durch die Welt laufen. Ich will nicht mehr unter den herrschenden Bedingungen meine Arbeitskraft, meine Gesundheit, meine Energie ausbeuten lassen. Ich will mich nicht mehr in der Kleinfamilie verkriechen, die mich wieder fit macht für die Arbeit. Ich will nicht mehr konsumieren und all meine unerfüllten Wünsche vergessen.“ (1983, S. 2 f.). Dass sie ihr Ziel nicht erreichen können, wenn sie sich auf eine Insel oder „mittelalterliche Dorfidylle“<sup>4</sup> zurückziehen, wissen die „Kaufunger.“ Nicht nur durch ihre Betriebe und Einrichtungen, sondern auch durch ihre politischen Aktivitäten wirken sie nach außen.

Uli Barth, ein Mitglied der Kommune Niederkaufungen und beinahe seit der Gründung dabei, bezeichnete die Kommune 1998 als „eine Theorie mit elf Jahren Praxiserfahrung“ (Barth 1998). Für ihn ist seine Kommune immer „noch Theorie“, weil er der Meinung ist, dass „letztlich der Erfolg in größeren zeitlichen Dimensionen gemessen werden muss.“ Danach ist die Kommune so lange ein Experiment, bis die GründerInnengeneration eines natürlichen, altersbedingten Todes gestorben ist. Erst wenn das der Fall ist, würde er von einem erfolgreichen Modell sprechen.<sup>5</sup> In der Zwischenzeit ist die Kommune 24 Jahre alt und die KommunardInnen sind mit ihr „in die Jahre gekommen“. Die politischen Zielvorstellungen für ihr Gemeinschaftsprojekt und für andere politische Kommunen, die ähnlich arbeiten, haben sie keineswegs aufgegeben. Wer dort lebt, hat sich mit den sechs Grundsätzen, die sich die Kommune selbst gegeben hat, einverstanden erklärt. Sie sind: 1. gemeinsame Ökonomie, 2. Entscheidungsfindung im Konsens, 3. gemeinsam leben und kollektiv selbstbestimmt arbeiten, 4. Abbau kleinfamiliärer Strukturen, 5. Abbau geschlechtshierarchischer Strukturen und 6. linkes Politikverständnis (Kommune Niederkaufungen 1983; Shalmon 1998, Barth 2005).

<sup>4</sup> Aus dem Grundsatzpapier von 1983.

<sup>5</sup> Uli Barth: Kommune Niederkaufungen. Wo sind die Grenzen des Kommuneansatzes? <http://www.trend.infopartisan.net/trd0201/t090201.html> (Zugriff: 11. Juli 2010).

Die Grundsätze sollen im Folgenden näher vorgestellt werden, weil sie Kerninnovationen auf dem Weg in eine radikaldemokratische Gesellschaft darstellen. Rund 40 Projekte mit etwa 600 Mitgliedern leben nach ähnlichen Prinzipien (Barth 2001, S. 75). Etliche haben sich in der Plattform der politischen Kommunen Kommuja zusammengeschlossen.<sup>6</sup>

Die *gemeinsame Ökonomie*, als Umsetzung der sozialistischen Forderung nach Abschaffung des Privateigentums, bildet die Grundlage, um nicht untereinander in „Geldkonkurrenz“ zu geraten. Dazu gehört auch das gemeinsame Eigentum an Grund und Boden und an Produktionsmitteln. Sie erstreckt sich auf alle Bereiche der menschlichen Grundbedürfnisse – Ernährung, Gesundheit, Wohnen, Bildung (Barth 2005). Auf dieser Grundlage wurden verschiedene Arbeitsbereiche aufgebaut, die ökologisch und sozial verträgliche Produkte und Dienstleistungen herstellen und anbieten: Tagungshaus, Großküche, Partyservice, Gemüseanbau, Bauernhof, Kindertagesstätte, Baufirma, Schlosserei, Schreinerei, Näh- und Lederwerkstatt, Verwaltung, Tagespflege für alte Menschen. Die Mischung von kleinbetrieblichen kollektiven Unternehmungen, Gartenbau, Kleintierzucht und Tagungs- und Gastronomiebetrieb, scheinen zur Erreichung dieses Zieles am besten geeignet. Gemeinsame Ökonomie schließt die Verständigung über Arbeitszeit, die Produktionsweise bzw. das Dienstleistungsangebot und die Qualifizierung der Arbeitenden ein. Sie schließt Besitzunterschiede und individuelle Rücklagen aus. Das heißt auch, dass Erbschaften Gemeineigentum werden.

*Entscheidungsfindung im Konsens* ist geeignet, jenseits der immer weiter fortschreitenden Arbeitsteilung und Hierarchisierung selbstverantwortlich zu handeln. Um das Ziel erreichen zu können, ist es Voraussetzung, dass jeder Schritt von allen gleichermaßen getragen werden kann. Wenn alle Entscheidungen im Konsens getroffen werden, erfordert das oft einen aufwendigen Diskussionsprozess, der während der wöchentlich (mitunter auch öfter) stattfindenden Plenumssitzungen geführt wird. Das erfordert unter Umständen viel Zeit. Die sozialen Kompetenzen, die für kollektive Entscheidungsprozesse und Kommunikationsformen notwendig sind, müssen sich die KommunardInnen teilweise erst aneignen, denn sie werden (bis heute) weder in der Schule noch in der Ausbildung noch an der Universität gelehrt. Trotz einiger Konflikte und Schwierigkeiten stand das Prinzip der Entscheidungsfindung im Konsens bis jetzt nicht zur Disposition.

*Gemeinsam leben und kollektiv selbstbestimmt arbeiten.* Die KommunardInnen betrachten Geld im wesentlichen als Tauschmittel. Diejenigen, in Kommune-Betrieben arbeiten, entscheiden gemeinsam, was mit wem für wen und unter welchen Arbeitsbedingungen, mit welchen Materialien hergestellt wird. Es gibt meist keinen Zwischenhandel. Alle Werkzeuge und Maschinen gehören den KollektivistInnen gemeinsam und niemand kann einen anderen Menschen ausbeuten, indem er ihn für sich arbeiten lässt. Nachbarschaftshilfe und Tauschgeschäfte sind selbstverständlich, vor allem dann, wenn für Projekte mit ähnlichen Ansprüchen gearbeitet wird. Die vorhandenen Arbeitsmittel sind also kein fixes Kapital, wie es den kapitalistischen Produktionsprozess auszeichnet.

Der *Abbau kleinfamiliärer Strukturen* führt zu selbstgewählten Gruppen, in denen unterschiedliche Menschen in unterschiedlichen Formierungen zusammen leben und die Summierung verschiedener Fähigkeiten, Ideen und Phantasien erfahren. Sie machen ganz neue Erfahrungen mit sozialen Beziehungen und gegenseitiger Verantwortung ohne Besitzansprüche, und viele können sich kleinfamiliäre Lebensweisen nicht (mehr) vorstellen. Die Vielfalt von Beziehungsformen ist innerhalb der Kommunen ebenso groß wie sie

---

<sup>6</sup> <http://www.kommuja.de/wiki/index.php/Kommunen> (Zugriff: 11. Juli 2010).

„draußen“ ist (vgl. Notz 2004). Kinder sind in aller Regel gut in die Kommunen integriert. Die *gemeinsame Kindererziehung* ermöglicht den Kindern aller Altersgruppen vielfältige soziale und emotionale Kontakte, löst die Fixierung auf die eigene Mutter/den eigenen Vater und fördert die Selbständigkeit der Kinder. Für die Eltern ist das eine Entlastung, weil die Kinder nicht dauernd beaufsichtigt werden müssen. Kinder können sich ihre Bezugspersonen aussuchen. Die Kommune Niederkaufungen organisiert einen Kindergarten, der auch den AnwohnerInnen außerhalb der Kommune offen steht. Erste Erfahrungen zeigen, dass Kommunekinder ein auffallende hohes soziales und ökologisches Engagement und Wissen haben (vgl. eurotopia 2000, S. 15). Noch selten leben alte oder gar pflegebedürftige Menschen in altersgemischten Kommunen. Auf dem Gelände der Kommune Niederkaufungen gibt es bereits eine selbstverwaltete Altentagesstätte. Durch die Tatsache, dass Hauswirtschaft, Kindererziehung und Altenpflege Arbeitsbereiche darstellen, wird ein großer Teil der Haus- und Sorgearbeit vergemeinschaftet und den Produktionsarbeiten gleichgestellt.

*Der Abbau geschlechtshierarchischer Strukturen* und die ebenbürtigen Zusammenarbeit ist, wie in den (meisten) Kommunen, das Anliegen von Männern und Frauen. Die (meisten) Männer erweisen sich als ebenso kompetent in der Leistung von Haus- und Sorgearbeiten, Kindererziehung und Betreuung von alten und kranken KommunardInnen, wie die (meisten) Frauen das tun. Und in den Werkstätten arbeiten Frauen genauso selbstverständlich wie Männer. „Klassische Strukturen“ der Arbeitsteilung werden abgelehnt, wenn die Gefahr, in alte Rollen zu fallen, auch nicht übersehen werden kann.

*Ein linkes Politikverständnis* ist für die Kommune Niederkaufungen, aber längst nicht für alle Kommunen, selbstverständlich. Der Begriff "links" erscheint einigen als Schlagwort. Andere sind der Meinung, dass jede Kommune politisch ist, weil sie Kraft des Experiments nach außen wirkt. Die Anliegen der Kommune, die Warenbeziehungen zwischen den Menschen abzubauen, Zentralisierung von Macht zu vermeiden und keine geschlechterhierarchischen Diskriminierungen zuzulassen, sind ebenso wie die Versuche des Ausstiegs aus der Warengesellschaft, der (Wieder)Herstellung von Lebens- und Erfahrungszusammenhängen, der neuen Formen des Zusammenlebens und der Integration von Arbeit und Freizeit als Versuche zur Entwicklung einer Gegenkultur zum industriellen und postindustriellen Kapitalismus zu werten.

Kommunen versuchen, die Arbeit als ein Instrument zurückzuerobern, durch das sie sich selbst verwirklichen können und mit dem sie auf die Gestaltung ihrer Mit- und Umwelt einwirken können. Die Sorge und Verantwortung für die MitkommunardInnen fördert das soziale Bewusstsein und eröffnet im Experiment beispielhafte Möglichkeiten für das Zusammenleben unterschiedlicher Generationen und Ethnien. Die Beteiligung an politischen Kampagnen und Aktionen ist für etliche Kommunemitglieder selbstverständlich. Sie ist Teil ihrer politischen Arbeit und wird daher auch als Arbeit gewertet.

Uli Barth nennt das Nachhaltigkeitsprinzip und soziale Absicherung als zusätzliche Kriterien, die für die Kommune wichtig sind. Er fragt: "Wo geht das besser als in der Kommune? Wer kommt schon mit 1/7 Auto aus und wer mit 1/35 Waschmaschine?" (Barth 1999: 8 f.). „Wer kann als Single ein eigenes Blockheizkraftwerk, zwei Regenwasseranlagen und eine Solaranlage betreiben? (...) Wer transportiert seine Butter nicht 250g-weise sondern 10 kg-weise?“ Obwohl über "Konsumverzicht" heute in den alternativen Projekten weniger diskutiert wird als in den 1970er Jahren, wird er offenbar konsequenter gelebt. Andererseits braucht auch niemand auf mehr oder weniger notwendige Güter zu verzichten, die das Leben angenehmer gestalten. Jede und jeder kann sich aus der Kleiderkammer bedienen, kann aber auch neue Kleidungsstücke kaufen, kann aus der Vielzahl der vorhandenen Tageszeitungen

auswählen und sich der Bücher in der gemeinsamen Bibliothek bedienen. Auch bei den regelmäßig stattfindenden Treffen mit anderen Kommunen werden Tauschaktionen von Kleidungsstücken und anderen Gebrauchsgegenständen durchgeführt. Die KommunardInnen sind, unabhängig davon, was sie arbeiten, krankenversichert, haben eine – wenn auch geringe – Alterssicherung und sind über die gemeinsame Ökonomie faktisch, nicht juristisch, gegen Erwerbslosigkeit und Berufsunfähigkeit versichert. Auch die Kinder sind faktisch, nicht juristisch, für den Waisenfall abgesichert.

## **7. Was lässt sich aus den alternativökonomischen Beispielen lernen?**

Die demokratischen Beteiligungsformen, die in Selbstverwalteten Betrieben oder Kommunebetrieben aber auch in manchen neuen Genossenschaften praktiziert werden, sind mehr als Mitbestimmung und auch mehr als Demokratie am Arbeitsplatz. Die meisten praktizieren neue Möglichkeiten der Partizipation bis hin zu Experimenten mit weitgehend selbstbestimmten Arbeitsformen und Kapitalneutralisierung. Sie sind Ansätze radikaler Kritik an der abhängigen Erwerbsarbeit und – soweit es sich um kommunitäre Arbeits- und Lebensformen handelt - üben gleichzeitig Kritik an der Struktur der Kleinfamilie. Mitarbeitende und EigentümerInnen sind identisch und alle Kollektivmitglieder haben im Idealfall ein gleiches Entscheidungsrecht in betrieblichen Belangen. Dass die Alternativbewegung die neoliberale Wirtschaftsordnung nicht grundsätzlich in Frage stellen kann, war und ist den meisten AktivistInnen bewusst, viele hatten diesen Anspruch gar nicht.

Die hohe Identifikation der Beschäftigten ist es vor allem, die „normale“ Unternehmer nach solchen Konzepten schielen lassen, die ihnen mehr Motivation und Arbeitszufriedenheit ihrer Mitarbeiter versprechen, auch wenn sie ihnen keinen höheren Lohn und Aufstiegspositionen bieten wollen. Auch in dieser Hinsicht ist die Alternativbewegung ein wichtiges Experimentierfeld, das auf die New Economy der späten 1990er Jahre ebenso ausstrahlte, wie auf Start-up-Unternehmen und sich als „neue Unternehmenskultur“ bezeichnende Managementstrategien (Neumann 2008). Diese Strategien zu beurteilen, ist nicht Aufgabe dieses Artikels.

Die AkteurInnen der Alternativökonomie und der Kommunebewegung setzen, wie andere Alternativen auch, auf die Kraft des Experiments und des Vorlebens. Sie sind der Überzeugung, dass es notwendig ist, Macht, Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt in unserer Gesellschaft grundsätzlich in Frage zu stellen, anstatt zu glauben, sie für die eigenen Zwecke gestaltbar und nutzbar machen zu können. An ihrer Existenz kann beispielhaft aufgezeigt werden, dass Möglichkeiten einer anderen, demokratischeren und ebenbürtigen Lebens- und Arbeitswelt nicht nur in den Köpfen und Büchern von Menschen zu finden sind, die sich theoretisch damit auseinandersetzen, sondern dass sie in Ansätzen hier und heute lebbar sind. Vielleicht gelingt es solchen Zusammenschlüssen wirklich, „ihre Anschauungen in neue Kreise zu tragen“ wie es Anarchisten für die neu entstehenden Bewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg erhofft hatten.

Mit zunehmender neoliberaler Globalisierung der warentauschenden Gesellschaft werden auch für die Gewerkschaften Konzepte für eine Neuordnung des globalen, politischen und ökonomischen Systems der Wirtschaft unumgänglich. Beispiele können Konzepte der Arbeiterräte, der Wirtschaftsdemokratie und der erweiterten Mitbestimmung im Rahmen des Programms zur Humanisierung des Arbeitslebens bieten, wie sie in der Bundesrepublik sowohl in der sozialrevolutionären Rätebewegung in der Novemberrevolution 1918/19 nach dem Ersten Weltkrieg, in der Spätphase der Weimarer Republik als auch nach dem Zweiten Weltkrieg und in den 1970er und 1980er Jahren diskutiert wurden. Die Erfahrungen einer

demokratischen und ökologischen Betriebs- und Arbeitsorganisation könnten nicht nur für weitere alternativ-ökonomische Betriebe, sondern auch für die Weiterentwicklung gewerkschaftlicher Betriebs- und Tarifpolitik genutzt werden. Das war in den letzten Jahren nur wenig der Fall. Die Frage „weniger arbeiten, anders arbeiten, besser leben“, war ein Slogan zu Beginn der Alternativökonomie-Bewegung, der auch für gewerkschaftliche AktivistInnen aktuell wurde und für die Zukunft aktuell bleibt (Oetjen 1999, S. 146). Wenn eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Parteien, Gewerkschaften, globalisierungskritischer Bewegung und anderen sozialen Bewegungen insbesondere auch der Erwerbslosenbewegung gelänge, könnten die jeweiligen Erfahrungen für mehrere Seiten genutzt werden. Dadurch würde auch der Vorwurf, dass es sich bei den alternativen Unternehmungen oder gar der gesamten alternativen Ökonomie um nichts weiter als um ein Phänomen ökonomischer Selbstorganisation einer Minderheit von „Aussteigern“ oder von solchen, die auf dem „normalen“ Arbeitsmarkt nicht gebraucht werden, handelt, entkräftet werden.

Alternative Ökonomie würde zum Instrument der Veränderung in einer unsicheren Wirtschafts-, Familien- und Arbeitswelt. Ein Instrument, das nicht (nur) dort angewendet wird, wo der Markt nicht effizient funktioniert, sondern vor allem dort, wo innovative Ideen auf fruchtbaren Boden fallen, weil sie MitsreiterInnen finden. Dass die Alternativbewegung bis heute kein relevanter Machtfaktor und die Alternativökonomie kein relevanter Wirtschaftsfaktor ist, ist nicht in erster Linie ihrer fehlenden Größe oder dem mangelnden Fleiß ihrer AkteurInnen zuzuschreiben, sondern der fehlenden Anerkennung ihrer Anschauungen und Aktivitäten.

#### **Literatur**

Uli Barth (1999): "Konsens als Entscheidungsform", in: Los geht's. Selbstbestimmt leben- Gruppen Gründen. Reader zum Pfingsttreffen '99 in Kaufungen, S. 8-10.

Uli Barth (2001): Was bewegt sich in den Gemeinschaftsszenen? In: AG Spak Bücher (Hrsg.): Jahrbuch Nachhaltiges Wirtschaften, Ausg. 1, Neu-Ulm, S. 71 – 78.

Uli Barth (2005): Arbeit in Gesellschaft und Kommune, in: Contraste, Januar 2005, S. 5.

Ulrich Beck (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/Main.

Eduard Bernstein (1969): Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Reinbek.

Ina Boesch (2003): Gegenleben. Die Sozialistin Margarethe Hardegger und ihre politischen Bühnen, Zürich.

Rolf Cantzen (1987): Weniger Staat – mehr Gesellschaft, Frankfurt/Main.

EUROTOPIA (2000/2001): Verzeichnis europäischer Gemeinschaften und Ökodörfer. Redaktion: Ökodorf Sieben Linden, Poppau, 2. neu recherchierte Auflage.

Helmut Faust (1977): Geschichte der Genossenschaftsbewegung, Frankfurt/Main.

Friederike Habermann (2009): Halbinseln gegen den Strom, Königstein 2009.

Frank Heider; Beate Hock; Hans-Werner Seitz (1997): Kontinuität oder Transformation? Zur Entwicklung selbstverwalteter Betriebe. Eine empirische Studie, Giessen.

Kollektiv Kommunebuch (Hg.) (1996): Das Kommunebuch, Göttingen.

Piotr Kropotkin (1913): Der Anarchismus. Ursprung, Ideale und Philosophie, hg. von Hug, Heinz (2006), Frankfurt/Main.

Gustav Landauer (1967): Aufruf zum Sozialismus, Frankfurt/Main.

Ferdinand Lassalle (1964): Aus seinen Reden und Schriften, Wien.

Luxemburg, Rosa (1899a): Bemerkungen zur sogenannten Zusammenbruchstheorie, in: Protokolle über die Verhandlungen des Parteitag der SPD, abgehalten zu Hannover vom 9. bis 14. Oktober 1899, Berlin, S. 171 – 175.

Rosa Luxemburg, (1899b): Sozialreform oder Revolution, Leipzig.

Rosa Luxemburg (1912): Frauenwahlrecht. Propagandaschrift zum II. sozialdemokratischen Frauentag, Stuttgart, 12. Mai.

Karl Marx (1864): Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter Assoziation, in: Der Social-Demokrat, Nr.2 und 3 vom 21. und 30. Dezember.

Karl Marx (1890/91): Kritik des Gothaer Programms, in: Die Neue Zeit, Nr.18, 1. Band.

Karl Marx (1962): Das Kapital, MEW Bd. 23 und 25.

Arndt Neumann (2008): Kleine geile Firmen, Hamburg 2008.

Gisela Notz: „Ein Fenster in eine herrschaftsfreie Welt“. Das Demokratiepotenzial von Alternativökonomie, selbstverwalteten Betrieben und kommunitären Lebens- und Arbeitsformen – ein Positionsbeitrag, in: Wolfgang G. Weber; Pier-Paolo Pasqualoni; Christian Burtcher (Hg.): Wirtschaft, Demokratie und soziale Verantwortung, Göttingen 2004.

Gisela Notz: Kommunen, Kinderläden, Alternativbewegung. Errungenschaften und Folgen der StudentInnenbewegungen, in: Peter Birke; Bernd Hüttner; Gottfried Oy (Hg.): Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion, Berlin 2009.

Gisela Notz (2010): Theorien alternativen Wirtschaftens: Fenster in eine andere Welt, Stuttgart (im Druck).

Gisela Notz; Klaus Dieter Heß; Ulrich Buchholz; Theo Bühler (Hg.) (1991): Selbstverwaltung in der Wirtschaft. Alte Illusion oder neue Hoffnung?, Köln.

Gisela Notz/Christl Wickert (2009): Die geglückte Verfassung. Sozialdemokratische Handschrift des Grundgesetzes, Berlin.

Klaus Novy u. a. (Hrsg.) (1985): Anders leben. Geschichte und Zukunft der Genossenschaftskultur, Berlin/Bonn.

Hinrich Oetjen (1999): Auf der Suche nach Alternativen, in: DGB-Bundesjugendschule (Hrsg.): Kapitalismus ohne Alternativen?, Neu Ulm 1999, S. 143 – 146.

Franz Oppenheimer (1896): Die Siedlungsgenossenschaft. Versuch einer positiven Überwindung des Kommunismus durch Lösung des Genossenschaftsproblems und der Agrarfrage, Leipzig.

Sibylle Plogstedt: Frauenbetriebe. Vom Kollektiv zur Einzelunternehmerin, Königstein 2006.

Shlomo Shalmon (1998): Die Kommune Niederkaufungen. Portrait einer heutigen Großkommune im Landkreis Kassel, Lage.

Hans Joachim Sperling (1991): Ein Blick zurück: Arbeiterbewegung und Genossenschaften, in: Gisela Notz et al. (Hrsg.): Selbstverwaltung in der Wirtschaft. Alte Illusion oder neue Hoffnung?, Köln, S. 27–39.

Elisabeth Voß /Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V. (Hg.): Wegweiser Solidarische Ökonomie, Neu-Ulm 2010.